

**Philippe Messerli (EVP), Nidau**

### **Migrantinnen und Migranten integrieren und auf Grundwerte verpflichten**

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein umfassendes Integrationskonzept zu erarbeiten und auf dessen Basis konkrete Massnahmen zu ergreifen, um Migrantinnen und Migranten aus fremden Religionen und Kulturen besser zu integrieren und auf unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Grundwerte zu verpflichten. Den im Kanton Bern lebenden Musliminnen und Muslimen ist dabei als bedeutende Bevölkerungsgruppe eine besondere Beachtung zu schenken.

Bei der Erarbeitung des Integrationskonzeptes sind u.a. die folgenden Punkte einzubeziehen:

1. Vertragliche Vereinbarung von Integrationszielen  
Nach dem Grundsatz Fördern und Fordern sollen für Migrantinnen und Migranten obligatorische Sprach- und Integrationskurse eingeführt werden.
2. Der Schule den Rücken stärken  
Eltern von Schülerinnen und Schüler sind verstärkt in die Pflicht zu nehmen. Klassenlager sind für obligatorisch zu erklären.
3. Verhinderung von Ghettobildung  
Mit einer koordinierten kommunalen und kantonalen Siedlungs- und Sozialpolitik soll eine Ghettoisierung ganzer Quartiere und Orte verhindert und stattdessen eine bessere Durchmischung der schweizerischen mit der ausländischen Bevölkerung erreicht werden.
4. Integration in den Arbeitsmarkt verbessern  
In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sind Patenschafts- und Mentoringprogramme zu realisieren, um den Migrantinnen und Migranten eine rasche Integration in den Arbeitsalltag zu ermöglichen.
5. Kompromisslose Durchsetzung unserer Rechtsordnung  
Mit zusätzlichen präventiven Massnahmen sowie auch schärferen Kontrollen sollen menschenverachtende Missbräuche wie Gewaltaufrufe, Zwangsheiraten, Mädchenbeschneidungen, Verletzungen von Frauenrechten etc. besser verhindert bzw. bestraft werden können.
6. Sensibilisierung der Schweizer Bevölkerung  
Die schweizerische Bevölkerung soll gezielt über die Integrationsziele und – massnahmen orientiert sowie für die besonderen Anliegen der Migrantinnen und Migranten sensibilisiert werden.

Begründung:

Die gesamte Gesellschaft, insbesondere aber die Politik ist gefordert, wenn die Integration der Migrantinnen und Migranten in unseren demokratischen Rechtsstaat gelingen soll. Die Erarbeitung eines umfassenden, direktionsübergreifenden Integrationskonzepts und dessen Umsetzung in Form von konkreten Massnahmen sind erste Schritte auf dieses Ziel hin. Das bereits bestehende „Leitbild zur Integrationspolitik des Kantons Bern“ vom 4. Juli 2007 sowie die zur Umsetzung desselben laufenden Vorarbeiten der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) können dabei für die Erstellung des Konzepts miteinbezogen werden. Ein solcher Entwurf, welcher insbesondere auch wichtige Bereiche wie den Arbeitsmarkt, die Sozial- und Siedlungspolitik sowie die Schule mitberücksichtigt, ermöglicht eine Gesamtschau zur Integrationspolitik. Er schafft zudem die Grundlage, dass bei der konkreten Umsetzung die auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen angesiedelten Massnahmen besser aufeinander abgestimmt werden können.

Bei der Erarbeitung des Konzepts ist ein besonderes Augenmerk auf die im Kanton Bern lebende muslimische Bevölkerung zu legen. Bereits 5% der schweizerischen Bevölkerung bekennt sich zum islamischen Glauben. Dieses Anwachsen der muslimischen Glaubensgemeinschaft beunruhigt einen grossen Teil der Schweizerinnen und Schweizer. Der Widerstand gegen den Bau von Minaretten ist Teil und Ausdruck dieser Verunsicherung.

Besorgnis erregend sind aber nicht die integrationswilligen Moslems, sondern die Islamisten, die unsere Gesellschaftsordnung bekämpfen. Für letztere steht die Scharia, das alle Lebensbereiche umfassende islamische Gesetz, als oberstes Gebot über dem demokratisch verfassten Rechtsstaat. Bei den praktizierenden Musliminnen und Muslimen gilt es deshalb eine Radikalisierung und Abschottung zu verhindern. Es muss alles daran gesetzt werden, dass keine muslimischen Parallelgesellschaften mit Eigengesetzlichkeiten entstehen. Die unlängst bekannt gewordenen Fälle von Zwangsheiraten sollten ein deutliches Warnsignal sein, dass die Problematik ernst genommen werden muss. Die Religions-, Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit hat dort ihre Grenzen, wo Verstösse gegen die Würde des Menschen geschehen. Unsere rechtsstaatliche Ordnung muss ohne Wenn und Aber durchgesetzt werden. Sie darf nicht im Sinne einer falsch verstandenen Toleranz und Rücksichtnahme ausgehöhlt werden. Ein Integrationskonzept hat deshalb auch diesen Aspekt mit zu berücksichtigen.